

# Hochschullehrer der Nazis

Die vorliegende Schrift ist aus einer Arbeit entstanden, die mit dem Preis des Jahres 1934/35 der juristischen Fakultät der Martin Luther-Universität Halle ausgezeichnet wurde. Die ersten Anregungen zu ihr gingen aus von dem Herausgeber dieser Schriftenreihe, Herrn Prof. Dr. Schwinge, dem ich darüber hinaus für viele wertvolle Hinweise und eine überaus großzügige Unterstützung bei der Beschaffung besonders des italienischen Schrifttums an dieser Stelle aufrichtig Dank sage.

Seine Diss. ist eine reife und scharfsinnige Leistung, die eine wertvolle Bereicherung unseres strafprozessualen Schrifttums darstellt und in ihren Ergebnissen die Wissenschaft weiterführt.

Bei der Bewertung ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass der Verf. keinerlei Vorbild hatte und auf sich allein gestellt war, dass er ungeachtet aller Schwierigkeiten (auch der sprachlichen) es so reif und fruchtbar zu Ende zu bringen wusste, was vor allem bei einer so beschränkten Überlieferung, wie die vorliegende ist, eine besondere Anerkennung. Ich schlage vor:

Demnächst eine kleine (mit Schwinge als Herausgeber) Halle o. d. B., Nr. 2, 5, 173.

Schwinge

## Aus Briefen nach Marburg: Weg mit Schwinge!

Dozent Dr. Walter Orscheckowski an Prof. Dr. jur. Karl-Alfred Hall:

... Schwinges Auffassung von der Anwendung rücksichtsloser Gewalt zur Erhaltung der militärischen Disziplin ist heute in der Bonner Armee wieder sehr aktuell, geht es doch darum, jeden Widerstand gegen die antinationale Politik Bonn, gegen die antinationale Rolle der Bundeswehr zu ersticken. Das ist notwendig, denn die Bundeswehr soll in den Gesamtbau des Bonner Staates derart eingefügt und in ideologischer wie militärischer Hinsicht so abgerichtet werden, daß man sie, wie der Gefolgsmann Adenauers, Richard Jäger, wörtlich schreibt, „in der Gefahr einsetzen kann, nach außen und nach innen“.

Schon diese knappen Hinweise machen deutlich, daß Schwinge als Strafrechtswissenschaftler und Hochschullehrer untrennbar ist. Wir vertrauen darauf, daß unsere Forderung, Schwinge endlich aus seinem akademischen und anderen öffentlichen Ämtern zu entfernen, auch Ihre Unterstützung erfahren wird. Dieses Anliegen entspricht den humanistischen Traditionen der deutschen Strafrechtswissenschaft und den friedliebenden Interessen der ganzen deutschen Nation.

## fakten

### Katastrophale Schulverhältnisse in Osnabrück

Ein Drittel des gesetzlich vorgeschriebenen Schulunterrichts fällt für die Schüler der Volksschule im Osnabrücker Stadtteil Haste regelmäßig aus. Die 500 Schulkinder, die in 17 Klassen eingeteilt sind, müssen in nur 11 „mehr oder weniger primitiven“ Klassenräumen unterrichtet werden.

### Konvent gegen Frontstadtkurs

Der Konvent der Dabheimer Universität hat sich nachdrücklich gegen eine unverantwortliche Aufnahme von Studenten an dieser Westberliner Hochschule gewandt, wie sie vom Senat unter Bürgermeister Brandt für das Sommersemester festgelegt worden ist. Um der Frontstadt Westberlin das Ansehen eines „Wissenschaftszentrums“ zu verleihen, würden 2100 Studierende mehr aufgenommen als vom Wissenschaftsrat als äußerste Grenze festgelegt worden war. Aus diesem Grunde erklärte der Konvent, er „kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Aufgaben einer Universität — Lehre und Forschung — aus politischen Gründen verwässert oder gar unmöglich gemacht werden“.

Unter den Studenten aus Westdeutschland und aus dem Ausland, die für ein Studium an Westberliner Universitäten und Hochschulen geworben wurden, hatten westliche Geheimdienste in letzter Zeit Mitarbeiter angeworben, die zu Spionagezwecken in die Hauptstadt der DDR eingeschleust werden sollten.

### Auseinandersetzungen um Brecht in Schweinfurt

Die Erwägung, Brechts „Heilige Johanna der Schlachthöfe“ in der kommenden Spielzeit zu zeigen, hat in Schweinfurt einen heftigen Zusammenstoß der Meinungen ausgelöst. Die Teilnehmer einer Diskussion der Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten der Stadt sprachen sich über einstimmig für die Aufführung aus. Die CSU-Stadtratsfraktion erklärte dagegen: „Wir legen ein klares Bekenntnis gegen eine Brecht-Aufführung in Schweinfurt ab.“ Bezeichnend für die Furcht vor dem Dichter, die hinter der Bonner Anti-Brecht-Kampagne steht, ist die Äußerung des Anführers der „Jungen Union“ in Schweinfurt, Dr. Peter Fischer: „Wir müssen Brecht — auch wenn wir sein künstlerisches Können nicht leugnen können — aus politischen Gründen ablehnen. Geistliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus mag ja notwendig sein, aber man kann nicht vertreten, daß wir unseren politischen Gegnern und damit auch Brecht zuviel Raum geben.“

### Nur 20 Studenten auf 10 000 Einwohner in England

Die englische Zeitung „Evening Standard“ schreibt, daß die Zahl der Studienplätze an den britischen Universitäten, gemessen an der Zahl der Einwohner des Landes, die schändlichste der ganzen zivilisierten Welt ist. Die Zeitung bemerkt, daß 1958 weniger als 20 Studienplätze auf 10 000 Einwohner genommen sind. Fast jedes andere europäische Land würde besser abscheiden. (In der DDR kommen gegenwärtig 70 Studenten auf 10 000 Einwohner, in Westdeutschland 33.)

### Dirigent Celibidache: Ich könnte nicht in Westdeutschland leben

Die politische Atmosphäre im Bonner Staat sei ihm zuwider, äußerte Sergiu Celibidache, der sich zwischen 1945 und 1951 als Dirigent der Westberliner Philharmoniker internationalen Ruf erworb, in Kopenhagen. „Man kann dort ja nicht leben — dieses neue Regime mit der aggressiven Haltung —, ich glaube nicht, daß ich es ein Jahr lang in einer (west-)deutschen Stadt aushalten könnte“, erklärte Celibidache.

### Wegen Forderung nach Meinungsfreiheit verhaftet

Der spanische Kunsthistoriker Jose Maria Moreno Galvan, der auf einer Frauenkonferenz das Recht auf Meinungsfreiheit gefordert hatte, wurde von der spanischen Polizei verhaftet. Die Proteste zahlreicher in- und ausländischer Persönlichkeiten haben nach 71stündiger Haft seine Freilassung erzwungen, jedoch wurde er von der Franco-Justiz zu einer Geldstrafe von 30 000 Peseten — der höchsten, die jemals verhängt worden ist — verurteilt.

### Westdeutsche Studenten gegen Diskriminierung ausländischer Kommilitonen

Gegen jede Diskriminierung von ausländischen Studenten haben sich der Allgemeine Studentenausschuss und der Studentische Rat der Technischen Hochschule in Braunschweig ausgesprochen. Anlaß zu diesem Beschluß war ein Bericht des in der Braunschweiger Hochschule zum Verkauf ausliegenden „Deutschen Studentenanzetgers“, in dem iranische Studenten verunglimpft wurden. Das Studentenparlament der Braunschweiger Hochschule billigte ausdrücklich die Tatsache, daß der Allgemeine Studentenausschuss die Beschuldigung der Zeitung mit dem diskriminierenden Inhalt veranlaßt hatte.

### Starke Nachfrage

Hundertere sowjetischer Mathematik-Lehrbücher werden gegenwärtig in den USA übersetzt und veröffentlicht. Die Auswahl erstreckt sich über Fachliteratur für die Universitäten und Hochschulen bis zu Lehrbüchern für die Schulen. Mindestens 15 amerikanische Verlage geben sowjetische Lehrbücher heraus, nach denen die Nachfrage außerordentlich stark ist, weil die führende Stellung der Sowjetunion auf mehreren Gebieten der mathematischen Wissenschaft in Fachkreisen unbestritten ist.

Universitätszeitung, Nr. 23, 7. 6. 1962, S. 5

## Rüstungsetat schluckt Mittel für Zimmer, Hörsäle, Lehrkräfte

Dies sind die Schlagzeilen aus westdeutschen Zeitungen der letzten Wochen: „Studenten müssen in Bunkern hausen“, „Quartiere für Studenten nun in Flüchtlingsheimen“, „Zimmerstube hatte nur geringen Ertrag“, „Um platz auf den Nähten“, in Heidelberg gingen Studenten auf die Straße, um gegen die katastrophale Zimmerknappheit und den Mietwucher zu demonstrieren. „Die Dr.-Titel — suche 1 Zimmer“, lautete die sarkastische Aufschrift eines Transparentes.

Aber nicht nur in bezug auf Wohnraum für die Studenten herrscht Notstand. So kritisierte der Kieler Professor Dr. Burk schließlich der Rektoratsübergabe, daß in den Massenflächen 600-800 Studenten von nur drei Professoren oder Lektoren betreut werden. Die Raumnot an den Universitäten ist so groß, daß die Studenten auf den Gängen der Hörsäle stehen müßten, wenn die überhaupt noch einen Platz bekämen.

Er forderte in Hinblick auf die hohen Ausgaben für militärische Zwecke eine Erhöhung der Mittel für die Kulturpolitik.



## MARGINALIEN

### „Gerümpel-Montagen“

„Gerümpel-Montagen“, so lautete der offizielle Titel einer Ausstellung, die als „Kunst des Imports aus Amerika dazu beitragen soll, die Frontstadt Westberlin zum Kulturzentrum zu avancieren zu lassen. Im Ausstellungszentrum „Haus am Lötowplatz“, das unter dem Protektorat von Bürgermeister Brandt steht, zeigt Tomi Zschuniger aus New York neben einigen Zeichnungen „Plastiken“ die aus verrosteten Konservendosen oder alten Glühbirnen zusammengebastelt sind.

Im Mittelpunkt der Ausstellung steht ein Nachwerk, in dem das Absurde sich mit dem Widersinnigen paart: Auf ein Kistenrad sind zwei Pferdeschädel genagelt, aus denen zwei hölzerne Stiefelstümpfe mit Wurmlochern herausragen.

„Damit man sofort sehe, die West-Kultur“ stellt aus, hängt Brandt gleich in der Nähe des Pferdekopfes heraus.

### Der Strauß und die Wüste

Prof. Bartels, Leiter des Instituts für Atmosphärenphysik der westdeutschen Max-Planck-Gesellschaft, erklärte kürzlich: „Jede Deutsche fehlt eine Wüste.“ Das sei der Grund, warum in Westdeutschland nur Forschungsraketen in recht bescheidenen Höhen von höchstens 30 bis 40 Kilometer beschossen werden könnten.

„Wir erinnern daran, daß bereits vor längerem Atomminister Balke — unter dem Deckmantel der Weltraumforschung — die Entwicklung einer westdeutschen Rakete vom Atomtrieb angekündigt. Prof. Bartels nahm 1959 an einer Beratung mit Balke teil, bei der über die Teilnahme westdeutscher Wissenschaftler an der Raketenentwicklung gesprochen wurde. Kurz darauf wurde ein „Institut für Plasmaphysik Großhof“ gegründet, das eng mit dem amerikanischen NASA zusammenarbeitet, die am militärischen Raketenprogramm der USA beteiligt ist.

„Die Wüste fehlt.“ Was für ein Hohn! Auszuproben, wie man atomar erstickt, wenn man Strauß eine breite Lösung schon, indem man Strauß weiß in die Wüste schießt.

## Rettungsmedaille und Hochschulnotstand

Auf dem SPD-Parteitag in Köln haben die rechten Führer der Sozialdemokratie sich erneut als Vorkämpfer für den Staat der Militarisierung empfohlen. Ollenhauer ging so weit, daß er stolz verkündete, die SPD habe das Bonner System vor der Staatskrise gerettet.

Bestränken wir uns nur auf einige interessante Fakten aus dem Bereich des Bildungswesens. Im Bayernprogramm der SPD, zu den bevorstehenden Landtagswahlen herausgegeben, wird in bezug auf die Verhältnisse in Westdeutschland gesagt: „Allenthalben ist noch immer festzustellen, daß die Benachteiligung einzelner und ganzer Bevölkerungsgruppen nicht die Ausnahme, sondern die Regel in unserem Bildungssystem ist.“ Als gefährlichste Schwäche im westdeutschen Bildungswesen wird der geringe Besuch von Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren auf weiterbildenden Schulen bezeichnet und resümiert konstatiert: „Eine große, alle Länder umfassende Schulreform kann zur Zeit nicht erwartet werden.“

Hier erhebt sich nun die Frage: Warum kann keine Schulreform im Bonner Staat erwartet werden, warum finden die Forderungen, nach dem Beispiel der DDR die Einführung eines 9. und 10. Schuljahres zu verwirklichen, keinen konkreteren Widerhalt? Weshalb bleibt die Festlegung des Bonner Grundgesetzes, daß alle Menschen unbeschadet ihrer sozialen Herkunft Recht auf Hochschulbildung haben, nur deklaratorische Phrase?

Große Worte über die Förderung des Hochschulwesens haben in der Militäristenrepublik noch nie gefehlt. Erst kürzlich hatte der Adenauer-Innenminister Löffel in einem Anlauf von Gönnerum er-

klärt, daß er alle politischen Möglichkeiten nutzen wolle, um der Wissenschaft zu verschaffen, was sie brauche. So hat er u. a. finanzielle Hilfe beim lange geplanten Bau der Bremer Universität versprochen. Das nicht eingelöstes Versprechen hat schon zu langen Petitionen und Verzweigungsitzungen geführt. Sonst zu nichts.

Dabei ist Bremen kein Einzelfall. Ähnlich schleppend geht es auch mit der geplanten Universität in Bochum voran. Von den zwei Universitätsobjekten in Südwestdeutschland wart schon gar keiner mehr zu sprechen. Der Notstand der westdeutschen Universitäten ist ohnehin fast sprichwörtlich.

Die Verfasser des Bayernprogramms der SPD verschweigen, wo die Mittel für eine Änderung der katastrophalen Zustände im westdeutschen Bildungs- und Hochschulwesen zu finden sind. Die Deutsche Demokratische Republik hat die gemeinsame totale Abrüstung der beiden deutschen Staaten vorgeschlagen. So könnte im Bonner Haushalt eine Summe frei werden, die in diesem Jahr 16 Milliarden D-Mark erreicht. Die Ultras aber halten an der NATO-Politik und der Atomrüstung fest, und die SPD-Führer rühmen sich, dieses System „sichert“ zu haben.

Wer ernsthaft für die Forderungen des Bayernprogramms auftritt, kann das nicht auf der Grundlage des Godesberger und Kölner Verratskurses tun. Das müssen vor allem auch die demokratisch gesinnten Wissenschaftler, die nichts mit den Schwinges und Globkes gemein haben, erkennen und für ein Hochschulwesen kämpfen, wie es sich als Perspektive für alle deutschen Universitäten vorbildlich in der DDR entwickelt hat.

## Dokumente nationaler Politik der deutschen Arbeiterklasse (III)

Seit ihrer Gründung führt die KPD einen konsequenten Kampf für die Interessen der Nation. In den Jahren der Weimarer Republik mobilisierte die KPD die werktätigen Massen gegen den Ausverkauf der nationalen Belange unseres Volkes durch die deutsche Großbourgeoisie. Als das deutsche Monopolkapital durch die Errichtung der faschistischen Diktatur die Lösung des Grundwiderspruchs zu verhindern suchte, wies die KPD in ihrer **PROGRAMM SOZIALER BEFREIUNG DES DEUTSCHEN VOLKES** vom August 1930 den Weg zur Rettung der Demokratie in Deutschland:

„Dieser nationalsozialistischen Demagogie stellt die Kommunistische Partei Deutschlands ihr Programm des Kampfes gegen den Faschismus, ihre Politik der wirklichen Vertretung der Interessen der werktätigen Massen Deutschlands entgegen... Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Youngplan als auch gegen den Versailler Ruahfrieden, den Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (Loansvertrag, Dawesplan, Youngplan, deutsch-polnisches Abkommen usw.) die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen... Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziel setzt...“

Die revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse legte in diesem bedeutsamen Programm die Maßnahmen zur ökonomischen und politischen Ermächtigung der „Nationalisierung der Banken“, die „entgeltliche Enteignung der Industriebetriebe“ und die Erhebung der „Herrschaft der Großgrundbesitzer“, die einen wichtigen Eckpfeiler des Militarismus und Faschismus bildete. Das Programm enthält die richtige Feststellung, daß „nur die soziale Revolution der Arbeiterklasse die nationale Frage Deutschlands lösen kann.“

Angesichts der zunehmenden faschistischen Gefahr trat der Kampf um die Sicherung der demokratischen Rechte des Volkes immer mehr in den Vordergrund. Vor der KPD stand die Aufgabe, eine breite antifaschistische Kampffront gegen die reaktionären, chauvinistischsten Teile des deutschen Finanzkapitals und ihre Moralküden zu schaffen. Alle Bemühungen der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse scheiterten an dem Verrat der Rechtssozialisten, die durch ihre Spaltungspolitik die notwendige breite antifaschistische Bewegung verhinderten. So konnte der Faschismus in Deutschland siegen.

Im Jahre 1935 bereitete die KPD auf ihrer **BRUSSELER KONFERENZ**, welche Aufgaben nach der Errichtung der faschistischen Diktatur im Mittelpunkt des nationalen Kampfes standen:

„Angesichts der ungeheuren Verschiebung und Enttötung des deutschen Volkes, des politischen Gewissenszwanges und der unerhörten Verfolgungen aller freiliebenden Menschen durch die faschistische Diktatur stellt die Kommunistische Partei den Kampf für alle demokratischen Rechte und Freiheiten an die Spitze des antifaschistischen Kampfes.“

In der Resolution wird weiterhin hervorgehoben, daß die Sicherung des Friedens nur durch den Sturz der Hitlerregierung möglich ist. „Wir Kommunisten wollen das deutsche Volk vor dem Schrecken und den unabsehbaren Opfern eines neuen imperialistischen Weltkrieges bewahren. Wir wollen den Hauptkriegstreiber, den Hitlerfaschismus, vernichten.“

densten Schichten und allen Organisationen des werktätigen Volkes dieses Kampfbandnis für den Sturz der faschistischen Diktatur schaffen...“

Auf ihrer **BERNER KONFERENZ** im Jahre 1936 bereitete die KPD weitere Maßnahmen, um den antifaschistischen Kampf zu verstärken. Auf dieser Konferenz wurde nochmals die tiefe Bedeutung der Volksfront hervorgehoben, wenn es in der Resolution heißt:

„Der Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur, der Kampf um ein Regime, das den Interessen der deutschen Nation entspricht, ist daher nicht nur ein Kampf im Interesse einer einzelnen Klasse oder Schicht, ob Arbeiter, Bauer oder Mittelstand, sondern gleichzeitig der Kampf um die Interessen des ganzen deutschen Volkes und um die Rettung der deutschen Nation. Dieser Kampf ist die Aufgabe aller wirklich nationalgesinnten Deutschen. Das deutsche Volk für diese Aufgabe zu einigen — das will die deutsche Volksfront.“

Diese Konferenz beantwortete die Frage vieler nationalgesinnter Bürger, „was nach Hitler kommen soll“. In der Berner Resolution legt die KPD ihren Standpunkt dar:

„In der neuen demokratischen Republik wird, im Gegensatz zu Weimar, nicht die Großbourgeoisie, gedeckt durch eine Koalition mit einer Arbeiterpartei, ihre wirtschaftlichen und politischen Ansprüche gegen das Volk richten können, sondern die einzige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront, wird das Schicksal des Landes bestimmen.“

Die historische Rolle unserer Deutschen Demokratischen Republik in unserem gegenwärtigen nationalen Kampf hat die Richtigkeit dieser Orientierung bewiesen.

R. Piretschner

1) Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1953, Seite 166, 266.

2) ebenda, Seite 281.

3) W. Pöckl, „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur“, Berlin 1957, Seite 163.

4) ebenda, Seite 165.

5) ebenda, Seite 166/167.

6) Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1953, Seite 397.

7) ebenda, Seite 402/404.